Stellungnahme des Sozialreferats zu den Anträgen der Bezirksausschüsse

Bezirksausschuss 7

Sendling-Westpark

Ziffer	Forderung Bezirksausschuss	Stellungnahme Sozialreferat
1	Sanierung Haus St. Josef	Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation konnte das Vorgehen noch nicht weiter vorangebracht werden. Auch die fehlende Finanzierung der zusätzlich benötigten Stellen im Baureferat und Kommunalreferat macht eine Übernahme der Zuständigkeit, trotz Regelungslage hierzu (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11500; VV 20.12.2023), unmöglich. Derzeit erarbeitet die MÜNCHENSTIFT ein Immobilienkonzept, welches sie dem Aufsichtsrat vorstellen will. Die Sanierung kann aufgrund der komplexen Situation derzeit nicht weitergeplant werden. Die noch vorhandenen Planungsmittel werden weiterhin im Haushalt übertragen, um bei einem konkreten und genehmigten Vorgehen zur Verfügung zu stehen.

Bezirksausschuss 10

Moosach

Ziffer	Forderung Bezirksausschuss	Stellungnahme Sozialreferat
13	Beide Nachbarschaftstreffs (Karlinger- und Untermenzingerstraße) sollen über 2026 hinaus erhalten bleiben.	Die Weiterfinanzierung des NBT Untermenzingerstraße betrifft nicht das MIP, sondern den laufenden Zuschusshaushalt des Sozialreferats. Inwieweit zusätzliche Mittel zum Erhalt des zweiten Treffs Untermenzingerstraße neben dem dauerhaft finanzierten NBT Moosach (Karlingerstraße) zur Verfügung gestellt werden können, entscheidet sich erst nach Abschluss des Zukunftssicherungsprozesses.

Bezirksausschuss 16

Ramersdorf-Perlach

Ziffer	Forderung Bezirksausschuss	Stellungnahme Sozialreferat
3	Kritik an der Streichung der Mittel für den Nachbarschaftstreff Haldenseestraße	Die Kritik des BA 16 am Stadtratsbeschluss Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 16259 wird zur Kenntnis genommen.

Bezirksausschuss 20

Hadern

Ziffer	Forderung Bezirksausschuss	Stellungnahme Sozialreferat:
18	Schaffung einer Einrichtung für Tagespflege	Bereits in den Jahren 2022 bis 2025 wurden Mittel im MIP für diese Maßnahme vom BA 20 gefordert. An den grundsätzlichen Bedingungen für die Schaffung einer Tagespflege hat sich seither nichts geändert. Daher wird auf die Stellungnahmen aus den Jahren 2022 bis 2025 Bezug genommen: Grundsätzlich befürwortet das Sozialreferat eine Ausweitung des Angebots an Tagespflege-einrichtungen. Diese sind ein wichtiger Baustein in der Versorgungskette für Menschen mit Pflegebedarf und berücksichtigen den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Mit der Möglichkeit der teilstationären Versorgung sollen pflegende An- und Zugehörige entlastet werden. Gleichzeitig können pflegebedürftige Menschen länger in ihrer eigenen Häuslichkeit bleiben und möglichst wohnortnah teilstationäre Pflegeangebote in Anspruch nehmen. Aufgrund verbesserter Leistungen in der Pflegeversicherung sind in den letzten Jahren bereits mehr Tagespflegeplätze entstanden bzw. werden im Rahmen von Neuplanungen von vollstationären Pflegeeinrichtungen vorgesehen. Auch die letzte Bedarfsermittlung zur pflegerischen Versorgung in München zeigte grundsätzlich einen zusätzlichen Bedarf für teilstationäre Pflegeeinrichtungen auf. Im Stadtbezirk 20, Hadern gibt es derzeit eine Tagespflegeeinrichtung mit 31 Plätzen. Mit der Einführung der Pflegeversicherung ist bundesweit ein Pflegemarkt entstanden. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen sind daher eingeschränkt, so ist die Schaffung einer Tagespflege durch die Landeshauptstadt München nicht möglich. Das Sozialreferat kann jedoch im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die Schaffung von Tagespflegeangeboten wie folgt unterstützen: • Bei der Vergabe von städtischen Grundstücken für vollstationäre Pflegeeinrichtungen ist im fachlichen Anforderungsprofil grundsätzlich ein Baustein für eine Tagespflege beinhaltet.

Ziffer	Forderung Bezirksausschuss	Stellungnahme Sozialreferat:
		• Das Sozialreferat hat eine Fläche zur Ausschreibung für eine stationäre Pflegeeinrichtung im 20. Stadtbezirk reserviert und sieht hier als einen Baustein auch teilstationäre Pflegeplätze (Tagespflege) vor. Das fachliche Anforderungsprofil hierzu wurde am 29.01.2026[1] erlassen.

[1] Beschluss des Sozialausschusses vom 29.01.2026, Sitzungsvorlage-Nr. 20-26 / V 17578